

Niederschrift

über die 19. Tagung des Stadtrates der Stadt Haldensleben am 23.02.2012, 17:00 Uhr

Ort:

im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Sitzungssaal

Anwesend:

Norbert Eichler	Bürgermeister
Stadtrat Guido Henke	Vorsitzender des Stadtrates
Stadtrat Steffen Kapischka	stellv. Vorsitzender des Stadtrates
Stadtrat Matthias Schmidt	
Stadtrat Rüdiger Ostheer	
Stadtrat Eberhard Resch	
Stadträtin Marlis Schünemann	
Stadtrat Christian Kästner	
Stadtrat Mario Schumacher	
Stadtrat Dr. Ulrich Schulze	
Stadträtin Roswitha Schulz	
Stadtrat Josef Franz	
Stadtrat Klaus Czernitzki	
Stadträtin Dr. Angelika Kliemke	
Stadtrat Boris Kondratjuk	
Stadtrat Dr. Peter Koch	
Stadtrat Hermann Ortlepp	
Stadtrat Manfred Blume	
Stadträtin Regina Blenke	
Stadtrat Dr. Michael Reiser	
Stadtrat Gunter Ranzinger	
Stadträtin Jeannette Lohan	
Stadtrat Hartmut Neumann	
Stadtrat Ralf W. Neuzerling	
Stadtrat Dirk Becker	
Stadtrat Tim Teßmann	
Stadtrat Bodo Zeymer	

Es fehlten entschuldigt:

Stadtrat Dr. Jürgen Bär
Stadtrat Günter Dannenberg

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 24.11.2011
4. Ausscheiden des Mitgliedes des Stadtrates Stefan Gratzke und Nachfolge
Vorlage: 207-(V.)/2012
5. Neubestellung eines Mitgliedes des Aufsichtsrates der Stadtwerke Haldensleben GmbH, hier: Nachfolge für den ausgeschiedenen Stadtrat Stefan Gratzke - Vorlage: 213-(V.)/2012
6. Neubesetzung des Aufsichtsrates der Wohnungsbaugesellschaft Haldensleben mbH
Vorlage: 206-(V.)/2012
7. Änderung der Gemeindegrenze - Vorlage: 203-(V.)/2011
8. Auflösung des Vertragsverhältnisses mit der Initiative HaldensLeben-dig e.V.
Vorlage: 202-(V.)/2011
9. 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Haldensleben über die Benutzung sowie die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Alsteinklubs in der KulturFabrik, der Jugendherberge sowie der kommunalen Sportstätten und Schulen - Vorlage: 204-(V.)/2012
10. Satzung über den Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Haldensleben
Vorlage: 205-(V.)/2012
11. Finanzielle Beteiligung der Stadt Haldensleben an der Wiederinbetriebnahme des Schiffshebewerkes Magdeburg - Vorlage: 212-(V.)/2012
12. Antrag der Fraktionen FW/pro Althaldensleben und FDP sowie Stadtrat Tim Teßmann - "Konzept HDL"
13. Anfragen und Anregungen
14. Mitteilungen der Verwaltung
15. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Stadtrates der Stadt Haldensleben vom 24.11.2011
16. Einwohnerfragestunde

II. Nichtöffentlicher Teil

17. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 24.11.2011
18. Vertragsangelegenheit - Vorlage: 211-(V.)/2012

III. Öffentlicher Teil

19. Schließen der Sitzung durch den Stadtratsvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die 19. Tagung des Stadtrates der Stadt Haldensleben wird durch den Stadtratsvorsitzenden Guido Henke eröffnet. Er begrüßt die Stadträte, Gäste und Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Die Stadträte sind mit Datum vom 07.02.2012 unter Angabe der Tagesordnung zur heutigen Sitzung eingeladen worden. Eine Ergänzung der Tagesordnung (nichtöffentlicher Teil) erfolgte mit Schreiben vom 20.02.2012. Von 28 Stadträten sind zu diesem Zeitpunkt 25 Stadträte und Bürgermeister Eichler anwesend. Es liegen 2 Entschuldigungen zur heutigen Sitzung vor. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

zu TOP 2 **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Stadträtin Regina Blenkle stellt den Antrag, den TOP 6 von der Tagesordnung abzusetzen. Es existiert ein funktionierender Aufsichtsrat, auch wenn der Gesellschaftsvertrag geändert worden ist. Lt. Gesellschaftsvertrag § 9 endet die Amtszeit aller vom Stadtrat entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates spätestens mit Ende der Wahlperiode des Stadtrates, der sie entsandt hat. Sollte davon abgewichen werden, sei das gleichbedeutend mit einer Abwahl des Aufsichtsrates und dazu hätte es einer 2/3 Mehrheit bedurft. Ihres Erachtens gebe es keinen Grund, den Aufsichtsrat der Wobau neu zu besetzen. Gesetzliche Grundlagen: § 9 des Gesellschaftsvertrages und § 103 Abs. 1 Aktiengesetz i. V. mit § 52 GmbH-Gesetz.

(Um 17.10 Uhr kommt Stadtrat Ralf W. Neuzerling hinzu, somit sind 26 Stadträte + Bürgermeister anwesend.)

Stadtratsvorsitzender Guido Henke stellt den Antrag von Stadträtin Regina Blenkle zur Abstimmung.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + BM
Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 14 Stimmenthaltungen: 3

Damit ist der Antrag abgelehnt.

zu TOP 3 **Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 24.11.2011**

Stadträtin Regina Blenkle lehnt die Niederschrift generell ab, weil die von ihrer Fraktion fristgerecht eingereichten Anfragen in der Sitzung nicht beantwortet worden sind. Ihres Erachtens sei die Sitzung nicht korrekt geleitet worden. Weiterhin heißt es auf Seite 3: „Seitens der Stadträte besteht Einverständnis, diesen Punkt auf Wunsch der Antragstellerin von der Tagesordnung abzusetzen.“ Mit dieser Formulierung sei sie nicht einverstanden. Es war nicht ihr Wunsch, den TOP abzusetzen, sondern es waren die Voraussetzungen nicht gegeben. D.h., es sei zuvor keine Beratung im Hauptausschuss und im zuständigen Fachausschuss erfolgt.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke gehe als Verantwortlicher für die Niederschrift davon aus, dass die von Frau Blenkle gerügten Teile korrekt wiedergegeben worden sind. Die Einwendungen von Frau Blenkle werden zu Protokoll genommen, geprüft und in der nächsten Sitzung noch einmal aufgerufen.

zu TOP 4 **Ausscheiden des Mitgliedes des Stadtrates Stefan Gratzke und Nachfolge **Vorlage: 207-(V.)/2012****

Stadtratsvorsitzender Guido Henke weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch Stadtrat Henry Hermann sein Mandat niedergelegt hat, allerdings so kurzfristig, dass es nicht mehr möglich war, dazu eine Beschlussvorlage zu erstellen und die Tagesordnung zu ergänzen, so dass der Beschluss betreffend Feststellung des Übergangs des Mandates auf Herrn Gunter

Ranzinger in der nächsten Sitzung vorgenommen werden müsse. Trotzdem möchte er heute sowohl Herrn Schmidt als auch Herrn Ranzinger gem. § 51, Abs. 2 GO LSA verpflichten.

Beschluss:

Der Stadtrat stellt gemäß § 41 Abs. 1 Satz 2 GO LSA fest, dass Herr Stefan Gratzke gem. § 41 Abs. 1 Nr. 1 GO LSA aus dem Stadtrat ausgeschieden ist. Der Sitz geht gem. § 41 Abs. 1 KWG LSA auf Herrn Matthias Schmidt über.

*Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + BM
Abstimmungsergebnis: Ja: 26 Nein: 0 Stimmenthaltungen: 0*

Stadtratsvorsitzender Guido Henke verpflichtet Herrn Matthias Schmidt und Herrn Gunter Ranzinger, ihre Amtspflichten als Mitglieder des Stadtrates der Stadt Haldensleben gewissenhaft zu erfüllen. Er weist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Pflichten ehrenamtlich tätiger Bürger nach § 30 und die Mitwirkungsverbote nach § 31 der GO LSA hin.

zu TOP 5

**Neubestellung eines Mitgliedes des Aufsichtsrates der Stadtwerke Haldensleben GmbH, hier: Nachfolge für den ausgeschiedenen Stadtrat Stefan Gratzke
Vorlage: 213-(V.)/2012**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt, die Stadträtin **Marlis Schünemann** als neues Mitglied in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Haldensleben GmbH zu entsenden.

*Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + BM
Abstimmungsergebnis: Ja: 22 Nein: 2 Stimmenthaltungen: 3*

zu TOP 6

**Neubesetzung des Aufsichtsrates der Wohnungsbaugesellschaft Haldensleben mbH
Vorlage: 206-(V.)/2012**

Stadträtin Regina Blenkle merkt an, dass ihre Fraktion heute noch einen externen Kandidaten vorschlagen wolle. Es handelt sich um Herrn Heino Krack, der vielen bekannt sein dürfte, da er langjähriger Mitarbeiter der Stadtverwaltung war. Er habe seine Bereitschaft erklärt, im Aufsichtsrat mitwirken zu wollen.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke bittet zunächst die Fraktionen um ihre Vorschläge. Von der CDU-Fraktion werden Stadtrat Christian Kästner und Stadträtin Marlis Schünemann, von der Fraktion DIE LINKE Stadträtin Roswitha Schulz, von der SPD-Fraktion Stadtrat Hermann Ortlepp und von der Fraktion FW/pro Althaldensleben Stadträtin Regina Blenkle vorgeschlagen.

Über die Vorschläge der Fraktionen stimmen die Stadträte wie folgt ab:

*Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + BM
Abstimmungsergebnis: Ja: 26 Nein: 0 Stimmenthaltungen: 1*

Stadtratsvorsitzender Guido Henke erwähnt, dass es für das Mitglied, das nicht dem Stadtrat angehört ist, 2 Vorschläge gibt - Herrn Hellwig und Herrn Krack.

Für Stadtrat Boris Kondratjuk sei es schwer, eine Entscheidung zu treffen. Herr Krack sei ihm durch seine Arbeit in der Verwaltung bekannt, aber Herrn Hellwig kenne er nicht. Es wäre besser gewesen, wenn man im Vorfeld hätte darüber diskutieren können.

Stadträtin Jeannette Lohan kritisiert die Form des Lebenslaufes von Herrn Hellwig. Wenn sie über die Besetzung einer verantwortungsvollen Position im Aufsichtsrat entscheiden soll, erwarte sie einen ordentlichen Lebenslauf.

Da über konkrete Personen diskutiert werde, beantragt Stadtrat Bodo Zeymer, den TOP im nichtöffentlichen Teil fortzusetzen.

Der Tagesordnungspunkt - Besetzung des Aufsichtsrates der Wobau - sei immer im öffentlichen Teil behandelt worden, entgegnet Stadtratsvorsitzender Guido Henke.

Stadträtin Regina Blenkle erwähnt erneut, dass es einen regulären Aufsichtsrat gibt. Dieser sei noch nicht abgewählt. Wenn er abgewählt werden würde, wäre dafür eine 2/3-Mehrheit erforderlich. Auf welcher gesetzlichen Grundlage werde hier verfahren?

Grundlage bildet der Gesellschaftsvertrag, antwortet Bürgermeister Eichler. Danach habe der Stadtrat zu entsenden: Stadträte, einen Unternhmervertreter und zwei Externe. Die zwei Externen wären Herr Schekatz, gegen den es im Hauptausschuss keine Kritikpunkte gab, und Herr Hellwig oder Herr Krack.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke lässt sodann über den zur Disposition stehenden Externen, Herrn Schekatz, abstimmen.

Stadträte: *gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + BM*
 Abstimmungsergebnis: *Ja: 21 Nein: 3 Stimmenthaltungen: 3*

Nunmehr bittet Stadtratsvorsitzender Guido Henke, sich alternativ für Herrn Hellwig oder Herrn Krack zu entscheiden. Zuerst lässt er über Herrn Hellwig abstimmen.

Stadträte: *gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + BM*
 Abstimmungsergebnis: *Ja: 14 Nein: 11 Stimmenthaltungen: 2*

Damit wird sich mehrheitlich für Herrn Hellwig entschieden. Eine Abstimmung über Herrn Krack erübrigt sich.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke fasst zusammen, dass somit in den Aufsichtsrat der Wobau die Stadträte Schünemann, Kästner, Schulz, Ortlepp, Blenkle, als weitere Mitglieder Herr Schekatz und Herr Hellwig und als Arbeitnehmervertreterin Frau Döbberthin entsandt werden.

zu TOP 7 **Änderung der Gemeindegrenze - Vorlage: 203-(V.)/2011**

Da die Gemeinde Westheide es versäumt habe, die betroffenen Bürger anzuhören, sollte dieser Punkt von der Tagesordnung genommen werden. Leider wurde unter TOP 2 versäumt, die Absetzung des TOP 7 zu beantragen.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke schlägt vor, den Beschluss unter dem Vorbehalt der Anhörung der betroffenen Bürger zu fassen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt, **vorbehaltlich der Zustimmung der betroffenen Bürger in der Gemeinde Westheide (Bürgeranhörung)**, die nachfolgende Änderung der Gemarkungsgrenze:

1. Aus dem Gemeindegebiet der Gemeinde Westheide, Gemarkung Born, werden die nachfolgenden Flurstücke dem Gemeindegebiet der Stadt Haldensleben, der Gemarkung Uthmöden zugeordnet:

Gemarkung	Flurstücks-Kennzeichen	Größe in m ²	Grundbuch Blatt-Nr.
Born	0684-3-60	45.885	0684-00178
Born	0684-3-72	Teilfläche von ca. 1.300	0684-00138
Born	0684-3-73	5.019	0684-00162
Born	0684-3-76	1.412	0684-00162
Born	0684-3-77	864	0684-00162
	Gesamtfläche:	54.480	

2. Aus dem Gemeindegebiet der Stadt Haldensleben, Gemarkung Uthmöden, werden die nachfolgenden Flurstücke dem Gemeindegebiet der Gemeinde Westheide, der Gemarkung Born zugeordnet:

Gemarkung	Flurstückskennzeichen	Größe in m ²	Grundbuch Blatt-Nr.
Uthmöden	0756-6-77	4.298	0756-00277
Uthmöden	0756-6-78	2.520	0756-00058
	Gesamtfläche:	6.818	

Stadträte: *gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + BM*
 Abstimmungsergebnis: *Ja: 23 Nein: 3 Stimmenthaltungen: 1*

zu TOP 8

Auflösung des Vertragsverhältnisses mit der Initiative HaldensLeben-dig e.V. Vorlage: 202-(V.)/2011

Stadtrat Tim Teßmann hinterfragt, ob die in der Beschlussvorlage aufgeführten 2 Teilzeitstellen den Auszubildenden der Stadtverwaltung, die sich im 3. Lehrjahr befinden, angeboten wurden oder ob diese Stellen nicht den Auszubildenden angeboten werden könnten.

Für die Auszubildenden (3. Lehrjahr) gibt es derzeit keine Stellenangebote, antwortet **Abt.-Ltr. Heutling**.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling erwähnt, dass es zu dieser Beschlussvorlage bereits im Haupt- sowie im Wirtschafts- und Finanzausschuss regen Diskussionsbedarf gegeben hat. Es wurde festgestellt, dass die Beschlussfassung nicht korrekt sei; eine neue Beschlussvorlage vorgelegt werden sollte, weil es keinen Vertrag vom 20. Februar 2008 zwischen der Stadt Haldensleben und dem Verein HaldensLeben-dig e.V. gibt. Seines Erachtens sollte der Passus aufgenommen werden, dass alle bestehenden Verträge mit HaldensLeben-dig aufgehoben werden. Weiterhin sei im Hauptausschuss besprochen worden, dass es nicht richtig sei, den Beschluss, wie er vorgegeben ist mit den 4 Punkten zu fassen. Punkt 1 - Aufhebung Vertragsverhältnisse - könnte man mit der eben vorgeschlagenen Ergänzung beschließen. Weiterhin sollten die finanziellen Mittel, die bisher dem Verein zur Verfügung gestellt wurden, nachgewiesen und offen gelegt werden. Diese Offenlegung könne nicht in der Weise erfolgen, dass die Stadträte ein zweiseitiges DIN A4 Blatt erhalten, in dem Zahlen angegeben sind, die in keiner Weise verifiziert sind. Die Zahlen mögen stimmen, aber dies könne er nicht beurteilen, da keine Nachweise vorliegen. Was den Punkt 2 betreffe, könne es sein, dass mit der Wobau schon Beschlüsse vorbereitet sind, in der Weise, dass die Stadtinformation im Bahnhofsgebäude integriert werden soll. Aus den Gründen könnte vielleicht auch eine Beschlussfassung der Ziffer 2 notwendig sein. Allerdings haben die Stadträte das Recht und die Verpflichtung, eine Überprüfung dessen vorzunehmen, was die Stadtverwaltung vorschlägt. Die Punkte 3 und 4 könne man nicht so einfach annehmen. Es solle heute darüber befunden werden, 2 neue Stellen zu schaffen. Man könne nicht darüber hinweggehen, dass in der Stadtverwaltung junge Leute ausgebildet werden, denen diese Stellen nicht angeboten werden. Darüber hinaus sei nicht einmal eine Ausschreibung der 2 Stellen erfolgt. Im Hauptausschuss wurde argumentiert, dass es sich hier um eine Art Betriebsübergang nach § 613 a handeln könnte, dies sei seines Erachtens nicht zutreffend.

Wenn etwas Neues beschlossen werden soll, sollte dies besser sein, als das, was man bisher gehabt habe, meint **Stadtrat Boris Kondratjuk**. Dies könne er beim vorliegenden Beschluss nicht erkennen. Bei der geplanten Konstellation werden mehr Steuergelder eingesetzt, zusätzlich 2 Stellen in der Stadtverwaltung geschaffen. Auslöser für die Aufgabe der wirtschaftlichen Tätigkeit des Vereins war nicht ein Verzicht von HaldensLeben-dig, sondern der Wunsch der Stadtverwaltung, die von HaldensLeben-dig betriebene Stadtinformation zurückzunehmen, um sie in die neue Mobilitätszentrale im Bahnhof zu integrieren. Wenn man meint, sozial zu sein, dann müsste die Stadtverwaltung bei jedem Verein oder jedem kleinen Betrieb, der durch seine wirtschaftliche Lage aufgeben muss, auch alle Mitarbeiter in der Verwaltung einstellen. Das wäre Gleichberechtigung. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den Musikclub, bei dem es auch Probleme gab, dem eine Chance eingeräumt wurde und auf den man jetzt wieder stolz sein könne. Ein solches Vertrauen habe er auch zu dem Verein HaldensLeben-dig. Seines Erachtens sei die Stellungnahme des Vereins erzwungen worden. Grundlage für die Aufgabe der wirtschaftlichen Tätigkeit sei das Versprechen der Verwaltung gewesen, beide Mitarbeiter in die Stadtverwaltung zu übernehmen. Diese Art Beschlüsse zu fassen, sei nicht in Ordnung. Sein Vorschlag wäre, eine Kommission zu gründen, die entweder die Übergabe vorbereitet o-

der das Vertragsverhältnis neu gestaltet. Künftig sollten auch keine Mitarbeiter der Stadtverwaltung mehr in solchen Gremien wie HaldensLeben-dig vertreten sein. Wenn es erforderlich sein sollte, würde sein Fraktion den Antrag stellen, den Punkt heute von der Tagesordnung abzusetzen, es bestehe keine Eile, HaldensLeben-dig kann weiter seine Aufgaben wahrnehmen.

Eine Absetzung des Punktes von der Tagesordnung hätte zu Beginn der Tagung beantragt werden müssen, so **Stadtratsvorsitzender Guido Henke**.

Obwohl **Stadtrat Hermann Ortlepp** bereits im Wirtschafts- und Finanzausschuss den Hinweis bekommen habe, dass er befangen sei, möchte er trotzdem heute kurz einige Ausführungen tätigen. Vielen sei bekannt, dass er den Verein HaldensLeben-dig in steuerrechtlichen Dingen seit einigen Jahren begleite. Somit wisse er über das Zahlenwerk und die Tätigkeit von HaldensLeben-dig sehr gut Bescheid. Er könne sich vorstellen, dass der Verein HaldensLeben-dig zur Aufgabe seiner wirtschaftlichen Tätigkeit gedrängt worden sei. Nach seinen Berechnungen sei es für alle Beteiligten günstiger, wenn HaldensLeben-dig seine Tätigkeit fortsetzt und auch die zukünftigen Aufgaben der Mobilitätszentrale übernimmt. Richtig sei, dass die Unklarheiten (Vertragsverhältnisse, Satzungsangelegenheiten) geklärt werden müssen, aber die Arbeit des Vereins sei in den letzten Jahren gut gewesen. Wenn, wie seitens der Verwaltung vorgeschlagen verfahren werde, frage er sich, wer die zahlreichen Veranstaltungen, die bisher HaldensLeben-dig organisiert und aus den Erträgen finanziert habe, durchführen solle. Vielleicht müsse demnächst diskutiert werden, dass die Verwaltung noch eine Planstelle benötigt, die die Veranstaltungen organisiert. Er würde ebenfalls beantragen wollen, heute über die Vorlage nicht abzustimmen, sondern durch ein festgelegtes Gremien die beste Lösung für die Stadt ermitteln zu lassen. Von daher möchte er die Anwesenden bitten, die Angelegenheit zu vertagen.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke gehe davon aus, dass **Stadtrat Ortlepp** befangen ist. Er möchte vorsorglich darauf hinweisen, dass bei einer Mitwirkung von **Stadtrat Ortlepp** an diesem Beschluss jeder heute gefasste Beschluss im Stadtrat angreifbar wäre.

Stadtrat Hermann Ortlepp fühle sich nicht befangen. Wenn Sachen vorgetragen werden, die jeder Grundlage entbehren, dann müsse er das Wort ergreifen.

Sollte heute ein Vertreter von HaldensLeben-dig anwesend sein, der erklären könne, welche Vorstellungen der Verein hat und aus welchen Gründen er den Antrag zur Aufhebung des Vertrages stellt, würde **Stadtrat Dr. Peter Koch** darum bitten, diesem Rederecht zu erteilen.

Auch **Stadtrat Bodo Zeymer** habe in Erinnerung, dass die Stadtverwaltung zugesagt habe, die Beschlussvorlage dahingehend zu modifizieren, dass alle bestehenden Verträge zu kündigen sind. Dies sei nicht erfolgt. Er sei mit den Informationen, die bisher gegeben wurden, nicht zufrieden. Vielleicht könnte der heute anwesende Geschäftsführer der Wobau den Stadträten ein paar Informationen geben.

Stadträtin Regina Blenkle wisse eigentlich nicht, worüber sie heute abstimmen soll. Es gebe noch zu viele Unklarheiten. Es sei nicht klar und deutlich formuliert, welcher Vertrag aufgehoben werden soll. Sie hätte gern gewusst, wer ist der Ansprechpartner für welchen Vertrag.

Stadträtin Marlis Schünemann sei verwundert, dass es heute heißt, der Verein habe eine hervorragende Arbeit geleistet und das Team engagiert für die Stadt gearbeitet habe. In all den zurückliegenden Jahren wurde die Arbeit des Vereins eigentlich immer kritisch bewertet. Wenn bei dem Verein ein gewisses Maß an Selbstvertrauen nicht mehr vorhanden ist, könne sie das verstehen. In diesem Sinne sollte der Vorlage zugestimmt werden.

Bürgermeister Eichler bedauere seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich vorangestellt haben, weil aus dem Verein selbst keiner gewillt war, den Vorsitz zu übernehmen. Sie haben es im Interesse der Sache gemacht. Auf die Beschlussvorlage zurückkommend, könne er die angesprochenen Probleme nicht verstehen. Es gibt Punkt 1, 2, 3 und 4 und darin stehe nichts über Personal, sondern wer die Aufgaben, die bislang HaldensLeben-dig wahrgenommen hat, zukünftig wahrnehmen werde. Die Beschlüsse müssen heute schon gefasst werden, damit die Veranstaltungen HUPE, Jacobimarkt und das Altstadtfest organisiert werden können oder der

Stadtrat entscheidet, dass diese Veranstaltungen nicht stattfinden. Die Verwaltung habe vorgeschlagen, die Aufgaben wieder bei der Stadtverwaltung anzugliedern. Hinsichtlich der Stadtinformation ist es geplant, dass diese künftig bei der Wobau angesiedelt wird. Dafür stellt die Stadtverwaltung 50.000 € Zuschuss zur Verfügung. Der Aufsichtsrat der Wobau werde sich in seiner nächsten Sitzung damit beschäftigen. Da die Stadtinformation mit in die Mobilitätszentrale gehen soll, bekommt HaldensLeben-dig die Personalkosten nicht mehr erstattet. Weiterhin gehen HaldensLeben-dig die Parkscheineinnahmen verlustig. Aufgrund dieser fehlenden Einnahmen habe der Verein eingeschätzt, dass er nicht mehr wirtschaftlich tätig sein könne. Das war kein Zwang seitens der Stadtverwaltung, sondern der Notwendigkeit geschuldet. Auf die Gültigkeit der Verträge werde Herr Otto näher eingehen.

Wie bekannt, so **Dezernent Otto**, wurde der Vertrag, auf den in der Beschlussvorlage Bezug genommen wird, im Februar 2008 geschlossen. Wenn die Stadt Verträge mit Vereinen oder Personen, Gruppierungen schließt, wo man sich kennt, dann war es bisher nie üblich und sollte es auch künftig nicht sein, sich jeweils den aktuellen Vereinsregisterauszug und damit die Legitimationsberechtigung des jeweiligen Vorsitzenden oder vorstandsberechtigten Organs aushändigen zu lassen. Herr Reinicke habe in einer Situation, als der Verein Probleme hatte, sich zur Verfügung gestellt, für den Vorstand kandidiert und ist gewählt worden. Er war gewählter 2. Vorsitzender. Tatsache ist auch und das ist der Verwaltung erst in den letzten Wochen aufgrund der Vorwürfe, bewusst geworden, dass Herr Reinicke nie zur Eintragung gekommen ist. Stadtrat Neuzerling dürfte bekannt sein, dass zwischen Wahl und Eintragung in ein Vereinsregister Wochen und Monate vergehen. Herr Reinicke ist damals dann aufgrund der Angriffe auch gegen seine Person zurückgetreten, bevor es zu einer Eintragung kam. Dadurch ist tatsächlich Herr Reinicke nie berechtigter Vertreter des Vereins gewesen. Damit ist in der Tat der Vertrag, der von ihm unterzeichnet worden ist, unwirksam unterschrieben worden. Es hätten Frau Rehfeld oder Herr Appel unterzeichnen müssen. Tatsache sei aber auch, dass der nachfolgend zur Eintragung gelangte Vorstand, wie auch alle anderen Beteiligten auf Seiten des Vereins den Inhalt des Vertrages nie in Zweifel gezogen haben. Insofern hatte Herr Otto bereits im Hauptausschuss mitgeteilt, dass es keiner neuen Beschlussvorlage bedurft. Es sei vollkommen hinreichend, heute den Beschlussfassungstext unter Punkt 1 dahingehend zu ergänzen, dass der Vertrag unter dem genannten Datum sowie die Verträge, auf die darin Bezug genommen worden ist, einvernehmlich aufgehoben werden sollen. So sei das auch im Hauptausschuss erörtert worden. Insofern verstehe er die heutigen Debatten um diese Frage nicht.

Seit dem stellv. Stadtratsvorsitzender **Steffen Kapischka** Mitglied des Stadtrates ist, sei es gerade Frau Blenkle gewesen, die den Verein HaldensLeben-dig immer wieder kritisiert habe. Heute ergreife sie Partei für den Verein. Jetzt wo man der Aufhebung des Vertrages zustimmen soll, werde in Abrede gestellt, dass der Verein gewillt sei, seine wirtschaftliche Tätigkeit einzustellen. Er findet es seltsam, dass hier letztlich das in Abrede gestellt wird, was vom Verein selbst erklärt worden sei. Seines Erachtens sei im Hauptausschuss nur die Rede davon gewesen, hinsichtlich der 2 Teilzeitstellen die Anzahl der Stunden noch einmal zu prüfen und evtl. zu modifizieren. Der Verein habe erklärt, dass er seine wirtschaftliche Tätigkeit einstellen will. Von daher sei es zwingend notwendig, kurzfristig eine Lösung zu finden, um die Aufgaben, die der Verein ausgeführt hat, auch in diesem Jahr durch die Stadtverwaltung bzw. durch die Wobau ausführen zu lassen. Eine Kommission wie von Stadtrat Kondratjuk vorgeschlagen, einzusetzen, bedeutet, Zeit zu investieren in einen ungewissen Ausgang, obwohl es für die Aufgaben- und Arbeitsverteilung schon konkrete Vorstellungen gibt (siehe Beschlussvorlage).

Die Fürsprache für den Verein hätte sich **Stadträtin Roswitha Schulz** auch all die Jahre zuvor gewünscht. Jetzt stehe man vor der Situation, dass der Verein seine wirtschaftliche Tätigkeit aufgeben will. D.h., es müsse ein Weg gefunden werden, wie die Aufgaben, die der Verein bislang erfüllt hat, künftig wahrgenommen werden sollen. Man war sich einig darüber, dass die Arbeit fortgesetzt werden müsse. Die Fraktion DIE LINKE habe vorgeschlagen, zu prüfen, ob der Betriebsüberleitungsparagraph (§ 613 a) in Bezug auf die 2 Teilzeitstellen greifen könnte und nicht greifen soll, wie diskutiert wurde. Sie habe sich mit dem Zahlenmaterial beschäftigt. Danach gebe es eine Differenz von 12,0 TEuro, die zusätzlich auf die Stadtverwaltung zukäme, es könne auch mehr werden. Die Stadträte sollten sich auch einmal die Frage stellen, was sie dazu beigetragen haben, damit es nicht dazu kommen musste. Vielleicht hätte man auch einen anderen Weg finden können, aber jetzt ist die Situation die, dass am 28.02. der Aufsichtsrat

tagt und dort Entscheidungen bezüglich Mobilitätszentrale getroffen werden müssen. Ihre Fraktion werde der Beschlussvorlage die Zustimmung erteilen.

Für **Stadtrat Boris Kondratjuk** sprechen nur die vorliegenden Zahlen. Wo werde eine Verbesserung gesehen, wenn auf die Kommune bzw. auf die Steuerzahler zusätzliche Kosten zukommen? Wenn der Beschlussvorlage heute zugestimmt werde, befürchte er, dass auf die Stadtverwaltung eine Lawine zukommen werde, die man später nicht stoppen könne.

Stadträtin Regina Blenkle bittet richtig zu stellen, dass sie nicht über die gute Arbeit des Vereins gesprochen habe. Sie habe gesagt, dass sie nicht wisse, worüber sie abstimmen solle, über einen Vertrag, der mit Herrn Reinicke geschlossen wurde oder über einen Vertrag, der mit HaldensLeben-dig abgeschlossen wurde? Kritikpunkt ihrer Fraktion sei es immer gewesen, dass der Verein Steuergelder in Anspruch genommen hat und die Stadträte nie wussten, wofür das Geld verwendet wurde. Es gehe ihr dabei nicht um den Personalkostenzuschuss. Wenn ein Verein Gelder von der Stadt haben will, habe er die Pflicht und Schuldigkeit offen zu legen, warum er Gelder aus Steuermitteln in Anspruch nehmen will. Das sei nie erfolgt und daraus resultieren die Unklarheiten.

Stadtrat Bodo Zeymer könne der Beschlussvorlage zustimmen. Es sollte lediglich Punkt 1 dahingehend modifiziert werden, dass alle eventuell bestehenden Verträge aufgelöst werden. Damit sei man auf der sicheren Seite. Zudem möchte er an sein Anliegen erinnern, mehr Informationen zur Mobilitätszentrale zu bekommen.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke schlägt für Punkt 1 der Beschlussfassung folgenden Wortlaut vor. „...die Aufhebung des Vertrages zwischen der Initiative HaldensLeben-dig e.V. und der Stadt Haldensleben vom 20.02.2008 und *aller vorausgegangen Verträge* im gegenseitigen Einvernehmen mit Wirkung zum 31.03.2012.“

Stadtrat Manfred Blume habe zum besseren Verständnis 3 Fragen: In der Beschlussvorlage heißt es u. a. „Eine ordentliche Kündigung des Vertrages wäre erst zum 31.12.2012 möglich.“ - Können der Stadtrat jetzt diesen Beschluss fassen?

Weiter heißt es: „Die Mitgliederversammlung der Initiative HaldensLeben-dig hat vor dem Hintergrund dieser Sachlage am 12.12. beschlossen, den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb per 31.03.2012 einzustellen.“ - Gibt es dann HaldensLeben-dig überhaupt noch?

Zu dem heißt es „Erträge aus der Bewirtschaftung der Parkplätze bis zur Umsetzung des gebührenfreien Parkens“ - Bis wann wird der Beschluss umgesetzt?

Die Frage 1 könne **Dezernent Otto** eindeutig mit Ja beantworten, soweit der Zusatz Zustimmung finden sollte, dass der Vertrag und die vorangegangenen Verträge mit HaldensLeben-dig einvernehmlich aufgehoben werden. Die Frage 2 könne nur der Verein beantworten, aber der Verein hat bislang erklärt, seinen wirtschaftlichen Betrieb einstellen zu wollen. Es spreche nichts dagegen, dass der Verein HaldensLeben-dig e.V. seine Tätigkeit im Weiteren fortsetzt. Die Satzung gebe das her. Zur Frage 3 sei zu sagen, dass die Vorbereitungen für die Umsetzung des kostenfreien Parkens durch eine Parkraumzone im Wesentlichen identisch mit der Tempo-30-Zone Innenstadt soweit gediehen sind, dass dies jederzeit umgesetzt werden könne und solle, sobald die dafür erforderliche gesetzliche Grundlage existiert.

Stadträtin Jeannette Lohan sehe die Diskussion als wenig konstruktiv an. Die Diskussionen zeigen, wie viele Unklarheiten noch bestehen. Gegenseitige Schuldzuweisungen bringen in der Angelegenheit nicht weiter. Eine Beschlussfassung sei anhand der derzeitigen Unterlagen nicht gegeben. Sie findet es nicht in Ordnung, wenn Herr Eichler die Stadträte unter Druck setzt, mit Äußerungen wie „dann könne die HUPE, das Altstadtfest etc. dieses Jahr nicht durchgeführt werden“. Sie möchte ausdrücklich klarstellen, dass ihre Fraktion nicht gegen den Verein HaldensLeben-dig war, sondern sie waren immer für Klarheit, Offenheit und Transparenz, was bis heute nicht gegeben ist.

Wie bereits erwähnt, könne nach Auffassung von **Stadtrat Ralf W. Neuzerling** über die Punkte 2, 3 und 4 der Beschlussfassung heute nicht abgestimmt werden. Es wurden keine Konditionen, keine Aufgaben etc. vorgelegt.

Stadträtin Regina Blenkle meldet sich zur Geschäftsordnung und beantragt namentliche Abstimmung.

Stadtrat Dr. Peter Koch erinnert daran, dass er Rederecht für einen Vertreter von HaldensLeben-dig beantragt hatte.

Über den Antrag von Stadtrat Dr. Koch wird wie folgt abgestimmt:

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + BM

Abstimmungsergebnis: Ja: 16 Nein: 5 Stimmenthaltungen: 6

Damit ist der Antrag angenommen.

Herr Krause, 2. Vorsitzender der Initiative HaldensLeben-dig möchte auf die Frage von Stadtrat Dr. Koch eingehen, was die Beweggründe für die Aufgabe der wirtschaftlichen Tätigkeit waren. Hauptursache war der Gedanke, die Betreuung der Stadtinformation an den Bahnhof anzuknüpfen. Der Verein habe gesagt, wenn es erforderlich ist, die Personalstelle Heike Grunewald abzugeben, das Geld nicht mehr HaldensLeben-dig zur Verfügung gestellt, sondern es für die Mobilitätszentrale eingesetzt werde, was der Verein für sinnig erachten würde, sei es dem Verein nicht mehr möglich, den wirtschaftlichen Betrieb aufrecht zu erhalten. Hinzukommen würde, dass die Parkraumbewirtschaftung entfällt, was wiederum fehlende Einnahmen nach sich zieht. Es könne dann nicht mehr garantiert werden, dass die Verbindlichkeiten wie Miete, Gehälter usw. bezahlt werden können. Der Verein habe mehrere Überlegungen angestellt, was wäre wenn. Dabei haben sich jährliche Defizite je nach Möglichkeit in Höhe von 12 – 20 T€ pro Jahr ergeben, die der Verein dann nicht mehr aufbringt. Man müsse ganz deutlich sagen, dass Frau Grunewald für den Verein eine Mitarbeiterin gewesen sei, die dem Verein keine Kosten verursacht, sondern nur erwirtschaftet hat. Mit dem Wegfall des Personalkostenzuschusses für Frau Grunewald und dem Wegfall der Parkraumbewirtschaftung wäre es dem Verein nicht mehr möglich gewesen, alle Aufgaben vollumfänglich zu erfüllen oder auch nur Teile zu erfüllen. Der Verein wolle den Fortschritt, die Interessen der Stadt, der Händler, der Gewerbetreibenden unterstützen, die Profilierung der Stadt vorantreiben, dem Bahnhof eine Chance, eine Zukunft geben, es habe sich dort ein hervorragendes Zentrum entwickelt. Dem wolle sich der Verein nicht widersetzen. Er denke, dass das nicht unbedingt der falsche Schritt war, sondern der richtige Schritt in die Zukunft.

Wie Stadtrat Ralf W. Neuzerling durch Dezernent Otto informiert sei, habe der Verein an der Ausschreibung für die Mobilitätszentrale nicht teilgenommen. Warum nicht?

Herr Krause antwortet, dass der Verein eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durchgeführt habe und zu dem Entschluss gekommen sei, dass der Verein diese Zentrale am Bahnhof nicht wirtschaftlich betreiben kann, auch nicht mit den Zuwendungen, die der Verein erhalten habe.

Stadtrat Hermann Ortlepp möchte nichts zur Wirtschaftlichkeit des Vereins ausführen, da er an seine Schweigepflicht gebunden ist. Ihn interessiere lediglich, wie viele Mitglieder des Vereins bei der Mitgliederversammlung anwesend waren, als der Beschluss gefasst wurde (Anwesenheit von mindestens 2/3 erforderlich) und ob die Mitglieder richtig über die Zahlen informiert wurden. Es hat sich nämlich das eine oder andere Mitglied beschwert u. a. auch seine Frau als Mitglied des Vereins.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke verweist auf das vorliegende Schreiben vom Verein HaldensLeben-dig. Man müsse davon ausgehen, dass der Beschluss korrekt zustande gekommen ist, gem. § 3, Abs. 3 der Geschäftsordnung dürfe sich der Stadtrat nicht mit Fragen außerhalb seiner Zuständigkeit befassen. Er möchte Stadtrat Ortlepp erneut darauf hinweisen, dass er sich für Befangen erklären sollte.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke habe zur Abstimmung eine Verständnisfrage. Stadtrat Neuzerling habe erwähnt, dass zwischen den Punkten 1, 2, 3 und 4 differenziert werden sollte. Stadträtin Blenkle habe eine namentliche Abstimmung beantragt. Die Frage sei, soll über die Punkte 1 bis 4 im Block mit der von Stadtrat Zeymer vorgeschlagen Modifizierung des Punktes 1 oder sollen alle 4 Punkte getrennt abgestimmt werden? Er möchte Stadtrat Ortlepp bitten, wegen der Besorgnis der Befangenheit bei der Beschlussfassung im Zuschauerraum Platz zu nehmen. Es ist offen kundig, Stadtrat Ortlepp habe von seiner Frau gesprochen, die im Verein mitwirkt.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling merkt an, dass seine Frau auch Mitglied des Vereins sei. Er sei nicht befangen.

Dezernent Otto möchte bekräftigen, was er im Wirtschafts- und Finanzausschuss schon ausgeführt habe. Wenn aufgrund der Mitwirkung eines objektiv befangenen Mitgliedes im Nachhinein die Unwirksamkeit des Beschlusses festgestellt werden sollte, wäre die Stadt berechtigt und im Zweifelsfall auch verpflichtet, den entstandenen Schaden bei dem betroffenen Mitglied geltend zu machen.

Stadträtin Regina Blenkle meldet sich zur Geschäftsordnung. Sie hinterfragt, ob sie es richtig verstanden habe, dass Herr Otto gesagt habe, jeder, der Mitglied im Verein ist, darf dann auch nicht abstimmen, weil jetzt immer die Befangenheit darauf bezogen wurde, dass die Frau von Stadtrat Ortlepp Mitglied im Verein ist.

Dezernent Otto stellt richtig, dass niemand jedenfalls seitens der Verwaltung auf die Mitgliedschaft im Verein abgestellt hat. Im Wirtschafts- und Finanzausschuss habe er Stadtrat Ortlepp, als dieser mit seinen Ausführungen begonnen habe, darauf hingewiesen, dass er befangen sei, denn seines Wissens nach, was Stadtrat Ortlepp auch bestätigt habe, vertrete sein Arbeitgeber (Steuerbüro) seit Jahren den Verein HaldensLeben-dig. Und in dieser Funktion besteht objektiv nach seiner Einschätzung ein wirtschaftliches Interesse, das in jedem Fall eine Befangenheit begründet. Es ist niemand deshalb befangen, nur weil er Mitglied in einem städtischen Verein ist. Deshalb nicht, aber in dem Augenblick, wo es eine besondere und in diesem Fall sogar noch wirtschaftliche Verbindung gibt, ist auf jeden Fall eine Befangenheit nach ständiger Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte anzunehmen.

Stadtrat Rüdiger Ostheer möchte seine Befangenheit als Mitarbeiter der Wohnungsbaugesellschaft Haldensleben mbH feststellen.

Stadtrat Hermann Ortlepp gibt bekannt, dass er ebenfalls nicht an der Abstimmung teilnehmen werde.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke stellt fest, dass die Stadträte Ortlepp und Ostheer durch Zurücksetzen von ihrem Platz ihre Befangenheit deutlich machen. Zunächst bittet er, darüber abzustimmen, ob über die Punkte 1 bis 4 der Beschlussfassung eine getrennte Abstimmung erfolgen soll.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + BM
Abstimmungsergebnis: Ja: 8 Nein: 16 Stimmenthaltungen: 1

Damit ist der Antrag, über die 4 Punkte getrennt abzustimmen, abgelehnt.

(Stadtrat Ortlepp und Stadtrat Ostheer stimmen aufgrund von Befangenheit nicht mit ab.)

Stadtratsvorsitzender Guido Henke stellt jetzt den Antrag auf namentliche Abstimmung der 4 Punkte im Block zur Abstimmung.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + BM
Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 15 Stimmenthaltungen: 0

Damit ist der Antrag ebenfalls abgelehnt.

(Stadtrat Ortlepp und Stadtrat Ostheer stimmen aufgrund von Befangenheit nicht mit ab.)

Nunmehr lässt Stadtratsvorsitzender Guido Henke über alle 4 Punkte der Beschlussfassung mit der von Stadtrat Zeymer vorgeschlagenen Änderung im Punkt 1 abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt

1) die Aufhebung des Vertrages zwischen der Initiative HaldensLeben-dig e.V. und der Stadt Haldensleben vom 20.02.2008 **und aller vorausgegangen Verträge** im gegenseitigen Einvernehmen mit Wirkung zum 31.03.2012

2) die Übertragung der Stadtinformation „Haldensleben-Information“ spätestens zum 01.04.2012 an die Wobau Haldensleben GmbH

3) die Veranstaltung des Wochenmarktes, des Jacobimarktes und der Gewerbeschau HUPE ab dem 01.04.2012 durch die Stadt Haldensleben, die Übernahme der bislang von der Initiative

HaldensLeben-dig e.V. durchgeführten Veranstaltertätigkeiten im Rahmen des Altstadtfestes sowie die Bewirtschaftung des öffentlichen Parkraumes bis zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 24. 2. 2011.

4) die Unterstützung des Betriebes einer Mobilitätszentrale durch die Zahlung eines jährlichen Zuschusses in Höhe von 50.000 Euro an die Wobau Haldensleben GmbH.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + BM

Abstimmungsergebnis: Ja: 16 Nein: 9 Stimmenthaltungen: 0

(Stadtrat Ortlepp und Stadtrat Ostheer stimmen aufgrund von Befangenheit nicht mit ab.)

zu TOP 9

2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Haldensleben über die Benutzung sowie die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Alsteinklubs in der KulturFabrik, der Jugendherberge sowie der kommunalen Sportstätten und Schulen
Vorlage: 204-(V.)/2012

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Haldensleben über die Benutzung sowie die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Alsteinklubs in der KulturFabrik, der Jugendherberge sowie der kommunalen Sportstätten und Schulen.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 23 + BM

Abstimmungsergebnis: Ja: 23 Nein: 0 Stimmenthaltungen: 1

(Stadträtin Blenkle, Stadträtin Lohan und Stadtrat Franz waren während der Abstimmung nicht im Beratungsraum.)

zu TOP 10

Satzung über den Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Haldensleben
Vorlage: 205-(V.)/2012

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt die Satzung über den Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Haldensleben.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 24 + BM

Abstimmungsergebnis: Ja: 23 Nein: 0 Stimmenthaltungen: 2

(Stadträtin Lohan und Stadträtin Schulz - während der Abstimmung nicht im Beratungsraum.)

zu TOP 11

Finanzielle Beteiligung der Stadt Haldensleben an der Wiederinbetriebnahme des Schiffshebwerkes Magdeburg
Vorlage: 212-(V.)/2012

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt eine Unterstützungszahlung in Höhe von 5.000,-- Euro an die Stadt Magdeburg zur Finanzierung der Wiederinbetriebnahme des Schiffshebwerkes Magdeburg als Freigiebigkeitsleistung. Der Bürgermeister wird ermächtigt, eine entsprechende Erklärung gegenüber der Stadt Magdeburg abzugeben.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 24 + BM

Abstimmungsergebnis: Ja: 23 Nein: 1 Stimmenthaltungen: 1

(Stadträtin Lohan und Stadträtin Schulz - während der Abstimmung nicht im Beratungsraum.)

Stadtrat Dr. Peter Koch verlässt um 19.00 Uhr die Sitzung, noch 25 Stadträte + Bürgermeister anwesend.

zu TOP 12

Antrag der Fraktionen FW/pro Althaldensleben und FDP sowie Stadtrat Tim Teßmann "Konzept HDL"

1. Der Stadtrat beschließt das Konzept HDL.

In ihm wurden die Bereiche Verkehr, Bau, Kultur/Soziales und Wirtschaft aufgegriffen und nach Möglichkeiten und Lösungsansätzen gesucht. Ziel ist, die Stadt für ihre Bewohner noch lebens- und lebenswerter zu gestalten. Nicht nur „wer kommt der bleibt – wer da ist will nicht

wieder fort“, sollte das Motto sein. Das „Konzept HDL“ tritt nicht in Konkurrenz zum Konzept 2020! Beide Konzepte haben unterschiedliche Zielrichtungen, die sich jedoch nicht ausschließen. So wirbt das Verwaltungskonzept 2020 um neue Einwohner, während das „Konzept HDL“ sich schwerpunktmäßig darauf konzentriert, dass die Einwohner nicht abwandern.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, beide Konzepte in einem Maßnahmenplan zusammenzuführen und unter Mitarbeit von gewählten Räten, sachkundigen Einwohnern und den hiesigen Unternehmen umzusetzen. Zur Zielerreichung sollen alle Möglichkeiten der Fördergeldakquise oder auch Einsparpotenziale ausgeschöpft werden.

Begründung: In den letzten 10 Jahren hat die Stadt Haldensleben ca. 2100 Einwohner verloren. Es ziehen noch immer mehr Menschen aus Haldensleben weg, als dass die Stadt neue Einwohner bekommt. Wenn es nicht gelingt, sowohl die Bewohner in der Stadt zu halten wie auch „Neuhaldensleber“ zu gewinnen, werden „Anwerbeversuche“ oder Zuzüge auf lange Sicht keinen Erfolg haben. Zur Umsetzung dieser Aufgaben ist die Zusammenarbeit aller Kräfte, d.h. von Unternehmern, gewählten Räten, Einwohnern und Verwaltung unverzichtbar!

Stadträtin Regina Blenkle stellt einen Geschäftsordnungsantrag. Sie beantragt, die Redezeit auf 10 Minuten zu verlängern, weil die im Konzept HDL aufgeführten Punkte und die Stellungnahme der Verwaltung recht umfangreich seien. Weiterhin möchte sie einen Änderungsantrag stellen und zwar soll der Punkt 1 im Antrag ihrer Fraktion wie folgt geändert werden: Der Stadtrat beschließt, das Konzept HDL in alle Ausschüsse zur Beratung zu überweisen.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke lässt über den Antrag, die Redezeit zu diesem TOP auf 10 Minuten zu verlängern, abstimmen.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 24 + BM

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 15 Stimmenthaltungen: 1

Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Stadträtin Lohan war während der Abstimmung nicht im Beratungsraum.)

Stadträtin Regina Blenkle führt zum Konzept HDL und zur Stellungnahme der Verwaltung Folgendes aus. Das Konzept soll nicht als Gegenkonzept verstanden werden, sondern das Ziel, eine aktive Einwohnergewinnung – soll aus einem anderen Blickwinkel unterstützt werden. Aus diesem Grund habe ihre Fraktion im August/ September 2011 begonnen, ein Konzept zu erarbeiten; damals noch mit der Motivation, es in die neu gegründete Steuerungsgruppe einbringen zu können. Allein der Ausschluss der Stadträte habe sie bewogen, es in den Stadtrat einzubringen. Während das Konzept 2020 extensiv darum wirbt, neue Einwohner in die Stadt zu bekommen, ist es primärer Ansatz ihrer Fraktion, dass die Bürger in der Stadt bleiben. Die Verwaltung führt zwar unter „zu guter letzt“ aus, dass das Problem der Stadt in den Sterbefällen liegt, doch ihre Recherche im Statistischen Landesamt habe per 30.6.2011 ein anderes Ergebnis erbracht: Einwohner absolut 18.794, Geburten im 1. HJ. 2011 65 Kinder, gestorben 142, 387 Personen sind zugezogen, aber 398 sind abgewandert. Macht ein Minus von 11 Personen in der Wanderungsbewegung. Deshalb legen die Antragsteller ihren Schwerpunkt auf die Stadt mit ihren Einwohnern und deren Bedürfnisse.

A) ÖPNV- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.

Den Antragstellern sei sowohl die Höhe des Zuschusses an die Ohrebusgesellschaft bekannt, als auch die Variante „Rufbus“. Es ist aber auch unbestrittene Tatsache, dass die Bürger mehr auf den städtischen Nahverkehr zurückgreifen würden als es aktuell der Fall ist. In den letzten Jahren wurden die Fahrpreise immer teurer, was zwangsläufig auch mit dazu beigetragen hat, dass immer weniger Menschen mit dem Bus oder der Bahn fahren. Abgesehen davon, dass viele ältere Menschen mit dem Thema „Rufbus“ überfordert sind. Somit wäre es von allgemeinem Interesse, die hiesigen Unternehmen aus dem Personenbeförderungsbereich an einen Tisch zu holen und die Aufgabe zu stellen, wie sich diese mit ihren Mitteln und Möglichkeiten, zu welchen Kosten eine Versorgung im innerstädtischen Nahverkehr vorstellen könnten (gemeinsame Erstellung eines Fahrplanes für HDL.) Aus diversen Gesprächen wisse sie, dass diesbezüglich ein Interesse besteht.

-kostenloses innerstädtisches Parken und Verkehrsleitplanung, Knöllchen

Die Diskussion um das innerstädtische Parken, Parkplätze, Knöllchen, Verkehrsführung ist ein Dauerbrenner. Hier sollte man bei Einhaltung der Gesetzgebung von der Devise ausgehen, weniger ist mehr. Also keine Begrenzung des Parken oder max. auf 2 Stunden und das kostenlos.

Kurze Taktungen des Nahverkehrs würden dazu beitragen, anstelle des Autos den Bus zu nutzen. Für die, die mit dem Auto in die Stadt kommen, sollte die Verkehrsleitplanung besser gestaltet werden. Aufgrund vieler enger Straßen, sollte endlich über ein Einbahnstraßensystem nachgedacht werden.

-eigene Winterdienstsatzung

Leider haben die vergangenen Jahre gezeigt, dass es bei extremen Witterungsbedingungen zu starken Problemen kam. Aus Erfahrung wisse man, dass gerade dann eine fundierte Unter- setzung, eine generalstabsmäßige Winterdienstsatzung hilfreich sein kann. So könnte in dieser auch geregelt werden, welchen Straßen neben der Zuordnung zur Kommune, Kreis, Land, Bund noch einen Schwerpunkt bilden könnten. Bestandteil einer Winterdienstsatzung könnten auch Notfallpläne sein etc. 63 Gemeinden haben im LSA eine eigene Winterdienstsatzung.

-Bahnübergang / Hagenstr. Tunnel

Bei nüchterner Überlegung gibt es Wichtigeres als die Untertunnelung des Bahnüberganges Hagenstr. Mit der Fertigstellung der B245 n als Ortumgehung wird die alte Streckenführung über die Gerikestr. / Hagenstr. entlastet. Im Verlauf würde es zur Abwidmung als Stadtstraße kommen, damit könnte die Straße für LKWs gesperrt werden. Die eingesparten Mittel für den Tunnel könnten wiederum für eine kleine kompakte Lösung für Wedringen genutzt werden.

Bereich B Stadtsanierung

Die Praxis der letzten Jahre zeigt, dass hier etwas in die falsche Richtung läuft. Es könne nicht sein, dass Gebäude, nur weil sie an einer Hauptstraße stehen, förderungswürdiger sind als Einzeldenkmale. Hier muss eine schnelle und umfassende Änderung erfolgen, damit in Anbetracht der auslaufenden Förderung noch möglichst viele kulturhistorische Denkmale saniert werden können, wie das Ratsfischerhaus in der Stendaler Str., das Fachwerkhaus in der Langen Str.

C) Soziales, Kultur

Hier liegt der größte Schwerpunkt. Alle Kinder sind in gleichem Maße sportlich, musikalisch, sprachlich zu fördern. Noch vor der Landesgesetzgebung sollte allen Kindern ein Ganztagsanspruch gewährleistet werden. Mit dem Ausbau der frühkindlichen Förderung habe man eine Möglichkeit, sich gravierend von anderen Städten abzusetzen. Ein weicher Standortvorteil, ein Wettbewerbsvorteil! Wenn im Verbund mit den großen Unternehmen der Stadt ein Bildungspaket für die Kitas zu max. 80 € im Monat angeboten werden könnte, hätte Haldensleben diesen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Städten. Was nutzt es, wenn die Väter und Mütter zur Arbeit nach Haldensleben kommen und am Abend wieder nach Magdeburg fahren? Nicht jeder könne sich ein Haus auf einem 1€ Grundstück leisten, aber für seine Kinder möchte jeder Vater und jede Mutter das Beste. Dazu benötigt man Erzieherinnen und Erzieher, die auf dem neusten pädagogisch-wissenschaftlichen Stand sind. Erzieherinnen werden noch die „stille Reserve am Vermögen“ in den kommenden Jahren sein. Mittelfristig würden 450.000 Fachkräfte deutschlandweit fehlen. Die Erzieherinnen werden bald in der komfortablen Lage sein, sich ihre Arbeitgeber aussuchen zu können.

D) Wirtschaft

Ein Pressesprecher ist kein Wirtschaftsförderer, das soll keine Wertung sein- doch entweder oder. Warum wird die Stelle des Wirtschaftsförderers nicht ausgeschrieben mit einem techn.- wissenschaftlichen Hintergrund „Composit“? Sie habe damals dem Innovationszentrum zugestimmt, weil sie neben dem produzierenden Gewerbe Forschung und Innovation als die Zukunft betrachte. Das, was aus dem Innovationszentrum gemacht wurde, ist eher dürftig. Warum steht z. B nicht auf der neuen Internetplattform, dass hier noch Gewerbeflächen zur Verfügung stehen?

Abschließend noch folgende **2 Anmerkungen**. Auf die Äußerungen mit der Rätorepublik und den Knöllchen im Zusammenhang mit der „sachbezogenen und fundierten Behandlung“ sei heute nicht eingegangen. Sie wünsche sich in den Ausschüssen wirklich eine sachbezogene Diskussion. Zudem möchte sie darauf aufmerksam machen, dass das Modell 5h unbezahlt länger zu arbeiten ein Bruch von geltendem Arbeits-, Sozial- und Tarifrecht sei.

Gemäß Geschäftsordnung § 3, Abs. 3 müsse Stadtratsvorsitzender Guido Henke folgenden Hinweis geben. Der Stadtrat dürfe sich nur mit eigenen Angelegenheiten befassen. Das Kon-

zept HDL beinhaltet jedoch Punkte, die nicht Angelegenheit der Stadt und damit des Stadtrates sind. Dies sollte in der Diskussion berücksichtigt werden. Z. B. betreffe dies die Entscheidung, „ob“ die Bahnübergänge geschlossen werden. Auch die Überarbeitung von Sanierungssatzungen basiert maßgeblich auf Runderlassen der Landesregierung. Ob sich Unternehmen entscheiden, in Schulen vorstellig zu werden, darüber könne der Stadtrat ebenfalls nicht befinden. Zudem befindet sich die Berufsschule Althaltensleben nicht in städtischer Trägerschaft.

Da es richtig sei, dass in dem Konzept HDL Punkte enthalten sind, über die der Stadtrat nicht befinden könne und noch über einige Punkte zu diskutieren wäre, unterstützt **Stadtrat Ralf W. Neuzerling** den Änderungsantrag von Stadträtin Blenkle, das Konzept HDL in die Ausschüsse zu verweisen. Z. B. sei die Frage, ob das Tunnelprojekt, wie vorgestellt, realisiert werden müsse. Seines Erachtens könnte ein anderer Bahnübergang geschlossen werden und der an der Hagenstraße geöffnet bleiben. Dadurch wäre ein Tunnel entbehrlich, es könnten immense Kosten eingespart werden, die für die Umgehung in Wedringen eingesetzt werden könnten.

Stadtrat Bodo Zeymer bringt zum Ausdruck, dass sich sowohl die Antragsteller mit ihrem Konzept als auch die Verwaltung mit ihrer Stellungnahme sehr viel Mühe gemacht haben. Auch er möchte den Änderungsantrag von Stadträtin Blenkle unterstützen wollen, da es noch Punkte gibt, die zu diskutieren wären. Zudem gibt es ein Konzept 2020, das, soweit er sich erinnere nicht durch den Stadtrat beschlossen wurde. Es würde sich anbieten, beide Konzepte zusammenzuführen und daraus im Interesse der Bürger etwas Substantielles zu erstellen.

Nach Auffassung von **Stadträtin Marlis Schünemann** seien viele Punkte des Konzeptes HDL schon erfüllt, wie z. B. die Ruf-Taxen am Wochenende. In den Grundschulen und Kindergärten der Stadt Haldensleben werde eine hervorragende Arbeit geleistet. Es werden für die Erzieherinnen und Erzieher Weiterbildungen angeboten, die auch wahrgenommen werden, es werden Netzwerke geknüpft unter den Einrichtungen der Stadt Haldensleben, die Programme, die sich die Schulen und Kindergärten auferlegt haben, werden hervorragend umgesetzt, etc.

Stadtrat Hartmut Neumann erwähnt, dass in einer Aufsichtsratssitzung der Wobau das Verwaltungskonzept 2020 vorgestellt wurde. Es hieß ausdrücklich, dass das Konzept unter Ausschluss der Stadträte verwirklicht werden soll, weil die Unternehmen das im Stadtrat ständig vorherrschende Chaos vermeiden wollten. Wo soll das noch hinführen? Eigentlich müsste eine Gegenkonzeption unter Ausschluss der Verwaltung erarbeitet werden.

Um 19.30 Uhr verlässt Stadträtin Dr. Kliemke die Sitzung; noch 24 Stadträte +Bürgermeister Eichler anwesend.

Nach Auffassung von **Stadtrat Boris Kondratjuk** sollte es eine Kompromissbereitschaft geben. Das Konzept sollte zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen werden. Das Beste wäre, beide Konzepte zu einem Konzept im Sinne der Stadt Haldensleben zusammenzuführen.

Stadtrat Eberhard Resch würde das Konzept HDL nicht in die Ausschüsse verweisen wollen. Seines Erachtens sollten die Antragsteller das Konzept in Zusammenarbeit mit der Verwaltung überarbeiten. Jetzt sei das Konzept für ihn einfach zu undifferenziert.

Für die Fraktion DIE LINKE sei das, was die Antragsteller vorgelegt haben, kein Konzept, sondern eine Aufreihung von Aufgaben, die teilweise der Verwaltung übertragen werden oder die nicht im Kompetenzbereich des Stadtrates liegen und somit nicht zu lösen wären, merkt **Stadträtin Roswitha Schulz** an. Ihre Fraktion spreche sich dagegen aus, das „Konzept HDL“ in Gänze in die Ausschüsse zu verweisen. Evtl. sollten sich die Fachausschüsse punktuell noch einmal mit einigen Themen beschäftigen, wofür die Ausschüsse ohnehin zuständig sind.

Anliegen sei es, so **Antragstellerin Regina Blenkle**, das Konzept 2020 von der Stadtverwaltung und das Konzept HDL ihrer Fraktion zusammenzuführen, zu überprüfen, was kann übernommen bzw. weitergeführt werden. Wochenmarkt, kostenfreies Parken seien nichts Neues, aber diese Themen werden immer wieder von den Bürgern angesprochen. Was die Zusammenarbeit mit den Unternehmen betreffe sei zu sagen, dass sie in der Steuerungsgruppe mitarbeiten wollte. Das sei von den Unternehmen nicht erwünscht gewesen. Sie frage sich, auf welcher Basis die Geschäftsführer sich anmaßen, gewählte Stadträte außen vor zu lassen. In den Unternehmen sind Bürger der Stadt beschäftigt und es könne nicht sein, dass das Wählervotum auf

die Art und Weise diskreditiert werde. Sicherlich seien im Konzept HDL Punkte enthalten, die nicht in den Kompetenzbereich der Stadt fallen, was bei dem Konzept 2020 auch der Fall sei. Schwerpunkt sei, die Bürger in der Stadt Haldensleben zu halten, sie nach Haldensleben zu holen und dazu fehlen noch ein paar Dinge, daran muss gearbeitet werden, auch wenn sie nicht in die Kompetenz des Stadtrates fallen. Hinsichtlich der Kinderbetreuung habe sie nicht gesagt, dass die Erzieherinnen mangelhaft ausgebildet sind, die Kindereinrichtungen in Haldensleben nicht gut sind, aber hier habe man eine Möglichkeit, sich explizit von all den anderen Städten abzuheben. Bei den Gesprächen mit den Unternehmen habe sich herauskristallisiert, dass die Kinderbetreuung einen Schwerpunkt darstellt. Wichtig seien den Eltern die Kosten für die Kinderbetreuung und dass ihre Kinder mittags gut versorgt werden. Um zu erreichen, dass mehr Bürger nach Haldensleben ziehen, sollten diesbezüglich Überlegungen angestellt und diese in den Ausschüssen diskutiert werden.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke erinnert daran, dass der Stadtrat ein integriertes Stadtentwicklungskonzept beschlossen habe, das regelmäßig fortgeschrieben werde. Er ruft den Antrag der Fraktionen FW/pro Althaldensleben und FDP sowie des Stadtrates Tim Teßmann mit der Ergänzung, das Konzept in alle Ausschüsse zu verweisen, zur Abstimmung auf.

*Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 24 + BM
Abstimmungsergebnis: Ja: 12 Nein: 13 Stimmenthaltungen: 0 – damit abgelehnt.*

zu TOP 13

Anfragen und Anregungen

Da die Anfrage der Fraktion FW/pro Althaldensleben in der letzten Sitzung nicht behandelt wurde, möchte Stadträtin Regina Blenkle diese heute noch einmal stellen, damit sie auch im Protokoll aufgenommen wird. Die Anfrage lautete: Seit Beginn der V. Legislaturperiode sind wie viele Anträge (ohne Änderungsanträge) und Anfragen mit welchen Themen gekommen *in der Zeit bis 12.10.10*

- a) untersetzt nach Anträgen Fraktion HDL, Fraktion CDU und Fraktion DIE LINKE
- b) untersetzt nach Anfragen Fraktion HDL, Fraktion CDU und Fraktion DIE LINKE

In der Zeit vom 12.10.10 bis zum 20.11.11

- a) untersetzt nach Anträgen Fraktion CDU, Fraktion DIE LINKE, Fraktion SPD, Fraktion FW/pro Althaldensleben, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Fraktion FDP
- b) untersetzt nach Anfragen Fraktion CDU, Fraktion DIE LINKE, Fraktion SPD, Fraktion FW/pro Althaldensleben, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Fraktion FDP?

Stadtratsvorsitzender Guido Henke möchte richtig stellen, dass er den TOP Anfragen aufgerufen habe und von der Fraktion FW/pro Althaldensleben keine Anfragen gestellt wurden. Nach seiner Kenntnis liege die schriftliche Beantwortung der Anfrage vor; sie könnte dem Protokoll beigelegt werden.

Stadträtin Regina Blenkle bestätigt, dass ihr die Beantwortung der Anfrage vorliege, sie möchte aber, dass sowohl die Anfrage als auch deren Beantwortung im Protokoll aufgenommen wird. Für das Protokoll fasst sie zusammen, dass 22 Anträge gestellt wurden von der HDL-Fraktion, später Fraktion FW/pro Althaldensleben, Fraktion SPD und Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN bzw. in Kombination mit den genannten Fraktionen. Von der Fraktion CDU und der Fraktion DIE LINKE gab es keine Anträge. Gleiches treffe für die Anfragen zu.

zu TOP 14

Mitteilungen der Verwaltung

Bürgermeister Eichler berichtet über folgende im Hauptausschuss gefassten Beschlüsse:

Hauptausschuss 19.01.2012

Einräumung eines Vorkaufsrechtes für die Flur 3, Flurstück 1644 in der Werderstraße, Stundung von Vorausleistungsbeiträgen für Straßenausbaubeiträge in der Kolonie, Verkauf von Grundstücken an die Wohnungsbaugesellschaft und Wohnungsbaugenossenschaft zur Errichtung von Parkplätzen im Bereich der Köhlerstraße, Verkauf einer Wohnbaufläche zum Preis von 52.000 € Flur 32, Flurstück 1915, Gewährung folgender Pauschalförderungen: Bülstringer Straße 18 in einer Größenordnung von 5.637 €, Gebäudehülle in der Bülstringer Str.3 in der Größenordnung von 26.000 €, Gebäudehülle Bülstringer Str. 5 mit 28.000 € und Gebäudehülle

in der Langen Straße 15 mit 7.000 €, Instandsetzungsmaßnahme Lange Str. 31 in der Größenordnung von 2.000 €, Anbau von Balkonen in der Bülstringer Straße 7 in der Größenordnung von 6.000 €. Es wurden folgende Aufträge vergeben: Trockenbauarbeiten für die Heuherberge in Uthmöden in der Größenordnung von 25.900 €, Straßenbauarbeiten Sportplatzweg/Uthau im Ortsteil Uthmöden in der Größenordnung von 111.000 €, Trockenbauarbeiten für die Lehens-Bibliothek auf dem Schloss Hundisburg für 31.697 €.

Aufgrund der Entwicklung und der Diskussionen im Vorfeld habe sich Bürgermeister Eichler entschlossen, unter dem TOP Mitteilungen das Wort zu ergreifen. Er sei nicht nur politischer Beamter, sondern auch Hauptverwaltungsbeamter und damit Chef der Verwaltung und habe nicht nur Mitarbeiter zu loben, zu tadeln und zu motivieren, ihr Bestes zu geben, sondern ihnen gegenüber auch eine Fürsorgepflicht. Seit einiger Zeit müsse er feststellen, dass 2 Stadträte und zwar Frau Blenkle und Herr Neuzerling bei jeder Gelegenheit Mitarbeiter als unfähig und überfordert darstellen. Man wolle der Verwaltung beweisen, dass sie ihre Arbeit nicht ordentlich erledigt. Es gibt immer wieder diverse Anfragen, die durch die Verwaltung zu beantworten sind, was enorme Zeit in Anspruch nimmt. Seines Erachtens sei in den letzten 21 Jahren vieles für die Menschen und für die Stadt Haldensleben erreicht worden. Dies bezeugen auch die vielen Auszeichnungen, die die Stadt Haldensleben entgegennehmen konnte (Entente Florale 2 x, Kinder- und familienfreundliche Stadt 2 x, Mehrgenerationenhaus, Kommune des Jahres 2011 etc.).

Stadträtin Regina Blenkle bittet den Stadtratsvorsitzenden, seiner Verantwortung gerecht zu werden und die Ausführungen von Bürgermeister Eichler zu unterbrechen. Es handelt sich um keine Mitteilung, sondern um ein Statement und den Versuch, die Stadträte zu diskreditieren.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke merkt an, dass der Bürgermeister unter dem TOP „Mitteilungen der Verwaltung“ das Wort habe.

Bürgermeister Eichler setzt seine Ausführungen fort. Nicht unerwähnt bleiben sollte auch der ausgeglichene Haushalt. Haldensleben gehöre zu den 30 % der Kommunen, die noch einen solchen vorweisen könne. In den Ministerien genießt die Stadtverwaltung einen guten Ruf. In kürzester Zeit konnte das Gewerbegebiet Südhafen umgesetzt werden.

(Stadträtin Blenkle; Stadträtin Lohan und Stadtrat Neumann verlassen während der Ausführungen von Bürgermeister Eichler die Sitzung – noch 21 Stadträte + Bürgermeister anwesend.)

Wenn man die Arbeit, den Umfang und die Qualität nicht genau einschätzen kann, sollte man sich nach Auffassung von Bürgermeister Eichler in den Äußerungen zurückhalten. Die Verwaltungbürde sich viel auf, manchmal auch bis an die Grenzen. Fehler können auftreten, denn kein Mensch ist fehlerfrei. Bei den Anfragen sei nicht nur das Bauamt gefragt, sondern alle Ämter. Es werden Unterlagen gefordert aus den Jahren 1993/94, obwohl dazu Beschlüsse gefasst worden sind. Protokolle mutieren zu Wortprotokollen - die Gemeindeordnung schreibt Festlegungsprotokolle vor, dazu gab es Aussprachen bei der Kommunalaufsicht, aber es wird immer wieder auf wörtliche Wiedergabe bestanden. Das kostet alles Geld und bringt in der Sache überhaupt nichts. Festlegungen sind getroffen, Beschlüsse sind gefasst worden und man muss nicht immer wieder alles in Frage stellen, nur weil man damit nicht einverstanden war. Die Mitarbeiter werden demotiviert, sie fühlen sich gemobbt. Erfreulicherweise gibt es noch Stadträte, die nach wie vor konstruktiv in den Ausschüssen mitarbeiten. Die Unternehmen, die geäußert haben, dass sie keine Zusammenarbeit mit dem Stadtrat wünschen, meinen nicht den Stadtrat in Gänze, sondern bestimmte Personen und das muss man einfach auch respektieren. Er sei dafür, andere mit einzubeziehen, aber die Diskussion sollte dann auch sachlich bleiben; das erwarten auch die Unternehmen. Er bittet die Stadträte, sachlich mit der Verwaltung zusammenzuarbeiten. Heute wurde wieder über die Aufhebung des Vertrages mit der Initiative HaldensLeben-dig eine $\frac{3}{4}$ Stunde diskutiert, obwohl sich die Ausschüsse damit im Vorfeld umfassend beschäftigt haben. Das muss nicht sein. Die Zeit könne man sinnvoller nutzen.

zu TOP 15 **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Stadtrates der Stadt Haldensleben vom 24.11.2011**

Stadtratsvorsitzender Guido Henke gibt bekannt, dass in nichtöffentlicher Sitzung am 24.11.2011 keine Beschlüsse gefasst wurden.

zu TOP 16 **Einwohnerfragestunde**

Herr Pasemann, wh. Dessauer Straße kritisiert die Gestaltung der Wohngebäude in der Warmsdorfer Straße. Er bittet den Bürgermeister, darauf zu achten, dass in der Rottmeisterstraße nicht auch solche Wohngebäude mit außen angebrachter Stahltreppe gebaut werden.

(Stadtrat Becker und Stadtrat Dr. Reiser verlassen die Sitzung – noch 19 Stadträte + Bürgermeister anwesend.)

Weiterhin sei Herr Pasemann der Auffassung, dass auch die Stadtverwaltung Haldensleben gegen Rechtsradikalismus aktiv werden sollte.

II. Nichtöffentlicher Teil

zu TOP 17 Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 24.11.2011

zu TOP 18 Vertragsangelegenheit – Vorlage 211-(V.)2012

zu TOP 19 Grundstücksangelegenheit – Vorlage 214-(V.)2012

III. Öffentlicher Teil

zu TOP 20 Schließen der Sitzung durch den Stadtratsvorsitzenden

Um 20.13 Uhr schließt Stadtratsvorsitzender Guido Henke die Sitzung.

Henke
Vorsitzender des Stadtrates

Protokollführer